

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 29. 33. Jahrg.

16. Juli 1920

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 29, Elsaßstr. 86-88, III. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Norder 4268. Verlag: Joh. Hass, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideffelt-Lepzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezelle od. deren Raum 20 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Bellagen nach Vereinbarung. — *Zschriften an die Expedition erbeten*

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachung. Konzentration. Rundschau. Verbandstag der Buchdrucker, II. — **Allgemeines:** Die Berufsordnung angenommen. — Die photomechanischen Fächer: Wohin der Weg? II. — Der photographische Mitarbeiter: Photographen, seid gewarnt! Die Organisation, die Innung und der Tarif. — **Feuilleton:** Zum Andenken Max Klingers †. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Durch Mitteilung unserer holländischen Bruderorganisation hat der Vorstand beschlossen, Holland bis auf weiteres für die Zureise von Chemigraphen zu sperren. Die Verhältnisse der Chemigraphie sind in Holland ebenso traurig wie in Deutschland. Die Unternehmer versuchen fortgesetzt durch Inserate im »Klimschen Anzeiger« Kräfte nach Holland zu ziehen, um sich den tariflichen Bestimmungen unseres Bruderverbandes zu entziehen. Sie bieten dabei zum Teil ein Gehalt bis zu 50 Gulden wöchentlich, um zunächst einmal von dem Tarif freizukommen. Die Absicht ist natürlich, den Tarif zu Fall zu bringen. Bis auf Widerruf bleibt deshalb Holland für Chemigraphen gesperrt. Reisen trotzdem Chemigraphen nach Holland, werden sie als Streikbrecher betrachtet und verlieren ihre Mitgliedschaft. Wir bitten strengste Beachtung dieser Sperre, die solange gilt, bis sie an dieser Stelle widerrufen wird.

Der Vorstand.

Konzentration.

Die Weltentwicklung gleicht der Spirale, die auch im Abwärtsgehen steigt und wenn sie auch in der fallenden Windung liegt, es geht doch vorwärts und aufwärts. Ein Blick auf die gegenwärtige Wirtschaftslage Deutschlands bestätigt die Richtigkeit dieses Satzes. Das deutsche Wirtschaftsleben biegt und krümmt sich unter dem furchtbaren Druck der Krise und erträgt den Schmerz gemeinsam mit allen anderen Ländern kapitalistischer Wirtschaftsverfassung. Und trotzdem geht es vorwärts. Die Beseitigung der Klein- und Mittelbetriebe und ihre Ersetzung durch Großbetriebe macht rasende Fortschritte. Wenn schon im Jahre 1895 festgestellt werden mußte, daß die Produktion des einzelnen Arbeiters im Klein-, Mittel- und Großbetrieb sich verhalte wie 1 : 2 : 4, so muß nach Beendigung des Weltkrieges festgestellt werden, daß der Kleinbetrieb restlos in dem Rachen des Weltbrandes verschwunden ist und der Mittelbetrieb wesentlich eingeübt hat. Die allenthalben aus der Notwendigkeit herausgewachsene Pflicht zur größten Arbeitersparnis hat den Ausschuß der herrschenden Klasse, genannt Regierung, und seine Reichsstellen dazu gezwungen, schlecht eingerichtete und mangelhafte Fabrikanlagen von der Produktion auszuschließen und die gebrauchsfähigen durch Zusammenfassung oder Zusammenlegung zur höchsten Produktivität zu bringen.

Diese Steigerung der Produktivität der Arbeit durch Zwangsmaßnahmen hat sich nicht nur in Deutschland vollzogen, sondern fast alle am Kriege beteiligten Länder waren gezwungen, zum »Kriegssozialismus« zu greifen. Dieser »Kriegssozialismus« war nur möglich, weil dieser Zusammenfassungsprozeß in der wirtschaftlichen Entwicklung begründet liegt und sich die ganze Weltwirtschaft in diesen Bahnen bewegt. Die ganze Weltwirtschaft ist dem Zwange der Konzentration unterworfen,

die in den letzten Monaten ein beschleunigtes Tempo eingeschlagen hat und Wirtschaftsmächte schafft, von deren Bedeutung man im allgemeinen keine richtige Vorstellung hat.

Wie immer spielt auch diesmal in der Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte die Eisenindustrie die erste Geige. Unter dem Namen »British Empire Steel Cooperation« ist von der englisch-kanadischen Eisenindustrie ein Stahltrust gegründet worden, dessen Bedeutung sich nur an dem größten Weltunternehmen dieser Art, dem nordamerikanischen Stahltrust »United States Steel Cooperation« messen läßt, der mit einem Kapital von rund 50 Milliarden nach heutigem Kurse arbeitet. Der neue englisch-kanadische Stahltrust stellt ein annähernd ebenso machtvoll und zukunftsreiches Gebilde dar wie der alte amerikanische Stahltrust.

Ähnliche Konzentrationsbestrebungen sind auch in der deutschen Schwerindustrie im Gange und die ziemlich zum Abschluß gebrachte Interessengemeinschaft zwischen den zwei Konzernen der Montanindustrie »Deutsch-Luxemburg« (Stinnesgruppe) und »Gelsenkirchen« (Kirdorf) sind ein Gegenstück zu obengenannten Stahltrusten und hallen die zwei größten Werke der Montanindustrie zusammen. Nebenher laufen noch eine ganze Reihe ähnlicher Transaktionen, wie überhaupt in allen Industrien die Konzentrationskräfte lebhaft an der Arbeit sind und die täglichen wirtschaftlichen Übersichten von deren Erfolg bereites Zeugnis ablegen. Gleich stark an dieser Konzentration ist das Bankwesen beteiligt. Die kleinen Provinzbanken verschwinden eine nach der andern in den unergründlichen Mägen der Bankkonzerne und runden das Bild ab von der viel gepredigten und für das Wirtschaftsleben angeblich notwendigen Initiative des Einzelunternehmers.

Wie weit die Konzentrationsbewegung schon vorwärtsgegangen ist, beweist am besten die Verfassung der öffentlichen Meinung durch den Stinneskonzern. Mehr denn 60 deutsche Zeitungen sind jetzt schon in der Hand dieser Kapitalgruppe, die in der ebenfalls sehr kapitalkräftigen Thyssengruppe einen Helfershelfer findet. Die Wahl von Stinnes in den Reichstag und seine Betätigung im Sinne der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft deutet symptomatisch den verschärften Kampf gegen die Errichtung einer Bedarfswirtschaft an, bei dem die gekauften Zeitungen Helfersdienste leisten müssen.

Dieses Ziel restlos verfolgend, folgt der Konzentration auf industriellem und kommerziellen Gebiet auch die Zusammenfassung auf organisatorischem Gebiete, damit das Klassenmonopol der Produktionsmittelbesitzer erhalten bleibt und der Ertrag der Arbeit ungeschmälert in ihre Taschen fließt. Zu diesem Zweck haben die Organisationen der landwirtschaftlichen Unternehmer und die Spitzenverbände von Handel, Industrie, Handwerk und Gewerbe den Zusammenschluß zu einem Zentralausschuß der Unternehmerverbände beschlossen.

Dem Zentralausschuß werden angehören: Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, Reichsverband der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen, Reichs-

verband der deutschen Industrie, Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Reichsverband des deutschen Handwerks, Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie, Zentralverband des deutschen Großhandels, Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels, Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Reichsverband der Bankleitungen, Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen, Zentralstelle für das deutsche Transport- und Verkehrsgewerbe.

Der Zentralausschuß bezweckt die geschlossene Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen der deutschen Unternehmerschaft und die einheitliche Abwehr aller gegen sie gerichteten Bestrebungen. Durch die Errichtung dieses Zentralausschusses hat die Forderung des Hansabundes zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Unternehmer ihre sachliche Erledigung gefunden. Der Zentralausschuß wird über die Bildung von örtlichen oder bezirklichen Ausschüssen gleicher Art und über die Durchführung der notwendigen Maßnahmen zur Erreichung der gesteckten Ziele auch auf örtlicher Grundlage die erforderlichen Richtlinien erfassen.

Ganz deutlich trägt diese Gründung den Kampfcharakter an der Stirn und wird sich die betonte Abwehr nicht nur auf solche Bestrebungen beschränken, die die Interessen der Unternehmer verletzen. Vielmehr wird die »geschlossene Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen der deutschen Unternehmerschaft« darauf hinauslaufen, ihnen noch größere wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen. Den wirtschaftspolitischen Interessen der Unternehmer stehen jedoch die der Arbeiter direkt diametral gegenüber und die sich daraus ergebenden scharfen Gegensätze lassen sich auf die Dauer weder durch Tarifverträge, noch durch Arbeitsgemeinschaften oder ähnliche Gebilde ausgleichen, sondern müssen zu wirtschaftlichen und politischen Kämpfen führen. Die Zusammenschweißung aller Unternehmerorganisationen aller Wirtschaftszweige, trotz Tarife und Arbeitsgemeinschaften, sind das Eingeständnis für die Richtigkeit des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit und der Lehre, daß dieser Gegensatz nur auf wirtschaftlichem Boden endgültig ausgefochten werden kann.

Dem »Zentralausschuß der Unternehmerverbände« als Hauptquartier der mächtigsten Kampforganisation der Gegner kommt deshalb die stärkste Bedeutung zu. Da die großen Kämpfe der Zukunft nur zwischen den beiden Hauptfaktoren der Produktion, den Unternehmern und Arbeitern, ausgefochten werden, können die Arbeiter nur bestehen, wenn sie in gleicher Weise ihre Kräfte konzentrieren und durch Zusammenfassung ihre Organisationen stärken und schlagkräftiger machen. Wohl wird überall der Wille zu großen, leistungsfähigen Industrieverbänden bekundet und einige Ansätze dazu sind vorhanden, aber die Tat, das wirklich Vorwärtstreibende, wird wahrscheinlich wie immer erst folgen, wenn Holland in Not ist.

Die diktatorische Gewalt der immer mehr vertrauenden Wirtschaft mit ihrer straffen und

geschlossenen Organisation der Produktionsmittelbesitzer ist leider der Arbeiterschaft noch immer kein einringlicher Lehrer dafür, daß nur eine gut organisierte Einheitsfront der Arbeiter solchen Kräften gegenüber Erfolge erringen kann. Vielmehr gefallen sich die Arbeiter in Selbstzerfleischung und führen in so mörderischer Weise Bruderkrieg, daß nur Verknennung der tatsächlichen Verhältnisse die Ursache dieser Kämpfe sein kann. Soweit dabei die politischen Parteien in Frage kommen, ist das deren Sache, daß man jedoch diesen Kampf auch in die Reihen der Betriebsräte trägt, ist mehr als Verknennung der tatsächlichen Verhältnisse.

Gerade in der Jetztzeit des wirtschaftlichen Niederganges mit seiner wunderbaren Eignung für Unternehmersabotage zum Zwecke der Beseitigung der wenigen Errungenschaften der Revolution, sollte den Betriebsräten ihre schwere Arbeit im Dienste der Arbeiterschaft durch Einigkeit und Geschlossenheit erleichtert werden. Statt dessen streift man sich mit starken Ausdrücken um die wichtigsten Sachen und kann dabei nicht immer gut genug verdecken, daß der Kampf um die Futtergrappe doch eine Rolle mit spielt. Ein wenig mehr Beachtung der Entwicklung im allgemeinen und der materiellen Dinge im besonderen, etwas mehr praktische Arbeit bei aller Theorie und der Weg zur wesentlichen Machtentfaltung der Organisationen der Arbeiter ist gegeben. Audi für die Arbeiter gilt nur der eine Weg zu größerer Machtentfaltung: *Konzentration*.

Rundschau.

Das Unternehmertum rüstet weiter. In der Erkenntnis, daß der Kampf zwischen Kapital und Arbeit unvermeidlich ist und in absehbarer Zeit ausbricht, rüstet das Unternehmertum unausgesetzt weiter und stärkt seine Reihen, wo es nur möglich ist. Das zur Führung von Kämpfen Geld und nochmals Geld notwendig ist, wird von dieser Seite ganz in Rechnung gestellt und auf einen möglichst großen Kampfschatz hingearbeitet. Am 2. Juli ist unter der Leitung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände eine Streikversicherungsgesellschaft unter dem Namen »Deutscher Streikschutz« gegründet worden, der sofort die bedeutendsten fachlichen und gemischtgewerblichen Arbeitgeberverbände und Streikentschädigungsgesellschaften beigetreten sind. Damit ist von vornherein die Organisation finanziell auf eine gesicherte Grundlage gestellt. Die Gesellschaft verfügt bereits über einen namhaften Reservefonds. Die Mitgliedschaft beim Deutschen Streikschutz setzt die Mitgliedschaft bei der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände voraus.

Die neue Organisation trägt den Namen: Deutscher Streikschutz, Entschädigungsgesellschaft der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände für Streikverluste. Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin W., Burggrafenstraße 11.

Die Kurzarbeitsfrage vor dem Reichswirtschaftsrat. Am Mittwoch, dem 30. Juni, tagte in Berlin die erste Sitzung des Reichswirtschaftsrates. Die Eröffnung der Sitzung erfolgte unter Anwesenheit des Reichskanzlers, der eine Begrüßungsansprache hielt, zweier Minister und des Reichspräsidenten. Gleich dieser ersten Sitzung lag folgender, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unterstützter Antrag Wissell vor:

»Die andauernde Schließung von Betrieben bzw. die Beschränkung der Produktion bringt volkswirtschaftliche und soziale Schädigung so schwerer Art, daß dringend die Wege zur Abwendung dieser Gefahren zu erforschen sind.

Der Ausbau der heutigen Erwerbslosenfürsorge zu einer produktiven, deren Ziel die Steigerung der Warenerzeugung ist, erscheint unumgänglich geboten. Der gemäß Art. 11 der Verordnung über den vorläufigen Reichswirtschaftsrats vom 4. Mai 1920 bestellte wirtschaftspolitische Ausschuß wird beauftragt, die hier in Betracht kommenden Fragen umgehend zu prüfen und dem Reichswirtschaftsrat Vorschläge zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Beschlossen wurde, den Antrag der zuständigen Kommission zu überweisen. Sein Sinn ist, zu untersuchen, ob nicht die Ausgaben für die Unterstützung Erwerbsloser besser zu einer Förderung der Produktion, also zur Beschaffung von Arbeit Verwendung finden können. Demnach scheint im Reichswirtschaftsrat die Ansicht vorzuherrschen, daß die Krisis so bald nicht vorübergeht. Bekanntlich kann der Reichswirtschaftsrat das Ergebnis seiner Untersuchung und Beratung nur begutachtend der Regierung und der gesetzgebenden Körperschaft unterbreiten. Wenn dann in dem üblichen Tempo gearbeitet wird, bis zur abschließenden Erledigung an diesen Stellen die Produktionsbeschränkungen noch anhalten und darüber hinaus fortauern sollten,

muß die volkswirtschaftliche und soziale Schädigung einen Grad angenommen und Folgen gezeitigt haben, die man kaum auszudenken wagt. Hoffentlich wird in den maßgebenden Reichsstellen dieser Ernst der Situation erkannt und nicht im Tempo des alten Amtsschimmels gearbeitet.

Milderung des Steuerabzugs! Die schematische Anordnung auf einen Steuerabzug von 10 Proz. soll dadurch gemildert werden, daß beim Steuerabzug vom Lohn für Lohnarbeiter, Angestellte usw. ein Betrag von 5 Mk. täglich außer Berechnung bleibt. Weiter soll der Familienstand der Arbeitnehmer berücksichtigt werden, so daß für jedes Kind 1,50 Mk. täglich ebenfalls außer Berechnung bleibt und lediglich der Restbetrag des täglichen Einkommens für den zehnprozentigen Steuerabzug in Betracht kommt. Das bedeutet eine große Erleichterung für die Steuerpflichtigen und vermindert die vorläufigen Steuerabzüge namentlich bei Lohnempfängern mit größerer Familie bedeutend. Für Wochenlohnempfänger bleiben 30 Mk. wöchentlich außer Berechnung, für jedes Kind 10 Mk.; vom Monatslohn werden 125 Mk., für jedes Kind 40 Mk. beim zehnprozentigen Steuerabzug außer Berechnung gestellt.

Übersteigt der Arbeitslohn oder das Gehalt aber 15000 Mk., so ist ein erhöhter Abzug vorzunehmen; bis 30000 Mk. Einkommen 15 Proz., von 30- bis 50000 Mk. 20 Proz. Die Abzüge steigen bei höheren Einkommen bis zu 50 Proz.

Reform des städtischen Wohnungswesens. Das Reichsarbeitsministerium ist in eine Prüfung der Maßnahmen eingetreten, die für eine Reform des städtischen Wohnungswesens in Betracht kommen. Zu diesem Zweck ist zunächst ein kleiner Arbeitsausschuß unter der Leitung des Vorsitzenden des Deutschen Wohnungsausschusses, des früheren Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts, Freiherrn von Stein, eingerichtet worden. In der ersten Sitzung dieses Ausschusses am 1. und 2. Juli fand eine allgemeine Aussprache über die Reformvorschläge statt, die von verschiedenen Seiten, besonders von den Herren Dr. Kampffmeyer und Dr. Ing. Wagner sowie von Herrn Heyer ausgearbeitet und in der Öffentlichkeit lebhaft besprochen worden sind. Auf Grund der in der Aussprache hervorgetretenen Gesichtspunkte sollen die Einzelfragen in einigen besonderen Ausschüssen im Einvernehmen mit Sachverständigen und Vertretern der beteiligten Bevölkerungskreise beschleunigt weiter geprüft werden.

Der Verbandstag der Buchdrucker.

II.

Bei der Beratung des 2. Punktes der Tagesordnung »Stellungnahme zu den Anträgen auf Abänderung des Statuts und der Vorstandsbeschlüsse« lagen die Gegensätze mehr in der Nuance. Ein schärferer Gegensatz machte sich in der Hauptsache nur bei der Bewertung der Arbeitsgemeinschaft geltend. Mit Recht wies ein Vertreter bei dieser Debatte darauf hin, daß es nicht auf Verurteilung und große Worte ankomme, sondern die Lösung des Rätsels zu finden. Denn wie auf allen Verbandstagen, so lautete auch hier der einzige Vorschlag der »Opposition« Räteorganisation, Klassenkampf und Diktatur des Proletariats. Vorläufig diktieren aber in Folge der Uneinigkeit der deutschen Arbeiterschaft noch die Verfechter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Da bei Beratung dieses Punktes auch über den Zusammenschluß der graphischen Organisationen mitberaten wurde, hatten auch die Vertreter der graphischen Berufe Gelegenheit, ihre Meinung zu äußern. Die Auffassung unseres Vertreters ist den Kollegen durch den Verbandstag bekannt, so daß das Eintreten für Arbeitsgemeinschaft und Industrieverband keine Überraschungen bot. Der Vertreter der Buchbinder brachte dagegen auch die Stimmung desjenigen Teils seiner Mitglieder zum Ausdruck, die sich gegen Arbeitsgemeinschaften ausgesprochen haben. Der Vorsitzende des Hilfsarbeiterverbandes behandelte das Verhältnis zwischen der gelernten und ungelerten Arbeiterschaft. Audi der Vertreter der Generalkommission, Graßmann, hatte hier Gelegenheit, die Stellung der höchsten Körperschaft der Gewerkschaften zu vertreten. Nach dieser umfangreichen Aussprache wurde eine ideelle und eine materielle Statutarberatungskommission eingesetzt, die die Aufgabe erhielt, aus den vielen geäußerten Ansichten und der Riesenzahl der Anträge nun ein vernünftiges Statut zu zimmern.

Eine interessante Debatte, die beim Punkt 2 der Tagesordnung einen besonderen Abschnitt einnahm, verdient für uns der besonderen Erwähnung. Es handelt sich um die Schaffung einer Lehrlingsabteilung. Vorstandsmitglied und Bildungsverband beauftragten die Schaffung einer Lehrlingsabteilung. Ein Satzungsentwurf, der unserem Lehrlingsstatut ähnlich gestaltet war, lag vor und wurde durch den Vorsitzenden des Bildungsverbandes Dreßler begründet. Dieser verlangte eine Umgestaltung der Gewerbeordnung und Beseitigung der den Handwerks- und Gewerbebetreibern eingeräumten Rechte über das Lehrlingswesen. Er verlangte dafür mehr Rechte der Arbeiterschaft, die die Ausbeutung der Lehrlinge verhindern und ihre Heranbildung zu tüchtigen Facharbeitern gewährleisten.

Er schilderte die Entwicklung der Lehrlingsverhältnisse, besprach die Lehrlingsordnung, die für das Buchdruckgewerbe geschaffen ist und berechtigtes Aufsehen erregte. Er verlangte für deren Durchführung die Schaffung einer Lehrlingsorganisation als Abteilung des Verbandes. Gleichzeitig soll zur Weckung und Förderung gewerkschaftlicher Ideen und Bildung einer sozialistischen Lebensanschauung eine Jugendzeitung herausgegeben werden. Der Redner appellierte deshalb an die Kollegen, volles Verständnis für die Jugend zu zeigen. Es war charakteristisch, zu sehen, daß die »Opposition« auch in diese Debatte das politische Moment hineintrug. Die Redner dieser Richtung verlangten politische Jugendsektionen aller Parteischichtungen. Daß sie damit das Solidaritätsgefühl löten, statt es aufs höchste auszubilden, schien ihnen nicht zum Bewußtsein zu kommen. Nach der Generaldebatte ging auch diese Angelegenheit an eine besondere Kommission.

Ein besonderer Punkt der Tagesordnung beschäftigte sich mit den Forderungen der einzelnen Sparten. Bisher waren diese Sparten selbständige Vereine, die eigene Beiträge erhoben und mit einer gewissen Selbständigkeit ihre speziellen Sparteninteressen verfochten. Es bestand die Absicht, eine engere Verbindung mit dem Verbandsvorstand und ein erweitertes Mitbestimmungsrecht der Sparten herzustellen. Eine kleinere Richtung verlangte sogar eine Erweiterung des tariflichen Mitbestimmungsrechts der Sparten. Die Schriftgießer hatten nach anderer Richtung Wünsche und verlangten sogar einen eigenen Angestellten. Besonders drehte es sich um die Aufhebung eines Verbandsratsbeschlusses von Köln, der nach den Reden einzelner sogar jede Unterbindung der Meinungsfreiheit durch den Verbandsvorstand möglich machen sollte. Beschlossen wurde, neue zeitgemäße Richtlinien über das Verhältnis zwischen dem Verband und den Sparten durch Kommissionsberatung aufzustellen.

Dann erfolgte die »Besprechung über die Lage auf dem Tarifgebiet, Stellungnahme zu den Anträgen auf Aufhebung oder Umgestaltung der Tarifgemeinschaft, dann auch zu den Abänderungsanträgen von grundlegenden Bestimmungen im Tarif.« Die Aussprache erfolgte in nichtöffentlicher Sitzung. Sie wurde durch die Behandlung einiger anderer Punkte einmal unterbrochen. Das Ergebnis dieser Beratung können wir für unsere Kollegen dahin zusammenfassen, daß Einstimmigkeit darüber bestand, die Bestimmungen des Tarifes den Zeitverhältnissen anzupassen. Die Kündigung des Tarifes wurde einstimmig ausgesprochen. In sachlicher und gründlicher Aussprache brachten die verschiedenen Richtungen ihre Ansichten vor. Es kamen auch grundsätzliche Tarifgegner zum Wort, die ihre Argumente aber nicht aus der Zeit nach der Revolution schöpften, sondern in eine Zeit zurückwanden, die von den Gewerkschaften längst überwunden ist. Ihre Vorschläge führten zurück in die Zeit des Individualvertrages, wo der Arbeiter als der Schwächere stets der Benachteiligte sein mußte. Die große Mehrheit des Verbandstages sprach sich für eine Fortsetzung der Tarifvertragspolitik aus. Folgende programmatische Entscheidung wurde gegen eine kleine Minderheit angenommen:

»Die X. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hält grundsätzlich an der zentralen Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen fest. Sie erblickt in einem organischen Aufbau der bisherigen Tarifgemeinschaft zu einer sozialen Gemeinwirtschaft eine ernste Zukunftsaufgabe als zweckmäßigste Förderung der ideellen und wirtschaftlichen Interessen aller Angehörigen des Gewerbes.«

Die Generalversammlung erwartet daher, daß der zunächst notwendige Um- und Ausbau der Tarifgemeinschaft in einer den neuzeitlichen Verhältnissen und den gegenwärtigen Erfordernissen entsprechenden Weise vorgenommen wird und stellt hierzu folgende Richtlinien auf:

1. Möglichste Vereinfachung in der Organisation und in den tariflichen Festsetzungen;
2. Festsetzung des Mitbestimmungsrechts der gesamten Tarifkontrahenten bei den ordentlichen Tarifabschlüssen durch Einführung der Urabstimmung über das in den Verhandlungen festgelegte Resultat;
3. Die Aufnahme verbesserter Schutzbestimmungen für die Vertrauensmänner der Gehilfen sowie Aufnahme der Betriebsrätebestimmungen in verbesserter Form in den Tarif;
4. Anpassung der Grundlöhne an die bestehenden Verhältnisse;
5. Umgestaltung der Lokalausschlagbestimmungen durch Verringerung der Klasseneinteilung und Aufhebung verschiedener weiteren und höheren Festsetzungen entgegenstehender Beschlüsse;
6. Verkürzung der Arbeitszeit an Sonnabenden und an den Vorabenden von Feiertagen; ferner durchgreifende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit;
7. Festsetzung der Tariffdauer auf höchstens zwei Jahre. Die Regelung der Teuerungszulagen hat wie bisher in den, den gegebenen Lebensverhältnissen entsprechenden kurzen Zeitabschnitten zu erfolgen.

Die Generalversammlung beauftragt die Gehilfenvertreter, behufs Ermöglichung der Durch-

graphen sind im allgemeinen ein Völkchen, das sich nur sehr wenig um andere Dinge kümmert und der dauernden Beeinflussung der Unternehmer unterliegt. Die weitaus größten Teile der Photographengehilfen sind in bürgerlichen Anschauungen herangewachsen, weshalb der Gedanke des Zusammenschlusses zum Zwecke der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen sehr bald wieder untergeht.

Viele haben schon den Versuch gemacht die Photographengehilfen zu organisieren, aber Erfolg war noch niemandem beschieden. Will unser Verband zu Erfolgen kommen, dann müssen seine Vertrauensleute dafür gewonnen werden, daß durch persönliches Aufsuchen den Arbeitern und Arbeiterinnen die Notwendigkeit des organisatorischen Zusammenschlusses bewiesen wird. Ein einmaliger Besuch wird kaum Früchte tragen, denn noch viel zu stark ist das Angstgefühl. Was es jedoch überwunden ist, macht die dauernde Beeinflussung durch den Unternehmer und sein Hinweis auf die Beiträge, die man viel besser sparen sollte, gewonnenes wieder zunichte. Auftauchende Solidaritätsgedanken werden von den Unternehmern mit allen Mitteln zu zerstören gesucht, und nicht selten werden Versprechungen gemacht nur zu dem Zwecke, den Beschäftigten von der verhassten Organisation fernzuhalten. Hinzu kommt noch der Glaube der Arbeiter, keiner könne bessere Arbeiten leisten als gerade er, weshalb er seine Existenz auch als gesichert ansieht. All die Fragen in persönlichen Aussprachen zu berühren und den tatsächlichen Stand der Dinge klar zu legen, muß die erste Arbeit sein, die geleistet werden muß von allen jenen, die helfen wollen die Photographen zu organisieren.

Ist diese Kleinaufklärungsarbeit geleistet, dann ist auch der Boden für das Versammlungsleben bereitet und die Heranziehung zur Mitarbeit gegeben. In allen Versammlungen wird zwar die Lohnfrage dominieren, aber bei geschickter Leitung lassen sich auch die großen, die ganze Welt bewegenden Fragen im Anschluß an die Lohnfrage behandeln. In kleineren Orten müssen die Ortsgruppen des Verbandes diese Aufklärungsarbeit mit übernehmen, soll es vorwärts gehen. Wird in dieser Weise überall intensiv gearbeitet, dann muß in 3-5 Jahren auch unser Beruf würdig an die Seite der anderen Berufe treten können, und die Errungenschaft der Revolution, der Achtstundentag, der auch unserem Berufe zugute kam, wird durch die Organisation gesichert. Oder haben die Kollegen Sehnsucht danach, wie vor dem Kriege zehn, zwölf oder vierzehn Stunden täglich zu schufteten?

Kollegen! Kolleginnen! Zeigt vielmehr durch euren Beitritt zur Organisation und intensivster Betätigung darin, daß ihr, gleich den Unternehmern in ihren Zwangsinnungen, eure Interessen im Verband der Lithographen vertreten wollt.

Die Innungen? Kennt ihr den Zusammenschluß der Gewerbe in Innungen? In gleichem Maße versuchen jetzt die Unternehmer unseres Gewerbes durch die Innung die Wahrung ihrer Interessen. Diesem Zusammenschluß der Unternehmer muß der Zusammenschluß der Arbeiter entgegen gestellt werden! Es ist unmöglich, daß die Innungen gleichzeitig Unternehmer- und Arbeiterinteressen wahrnehmen können. Zwar stimmt es, daß ein Gewerbe nur zu existieren vermag, wenn Arbeitsgelegenheit die Existenz der Arbeiter sichert, aber jetzt ist es so, daß nur die Existenzsicherheit der Unternehmer durch die Innungen beachtet wird. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Berufsarbeiterschaft eine Vertretung in den Gehilfenausschüssen hat. Viel zu stark ist dort der Einfluß der Unternehmer, um einen Zusammenhalt der Kollegen herbeizuführen.

Das wissen die Unternehmer auch sehr gut zu beurteilen. Die Geschlossenheit der Gehilfen wäre

gleichbedeutend mit dem Schwinden eines Teiles des Einflusses der Unternehmer. Er wäre aber auch gleichbedeutend mit dem Beginn des Abbaues des vorsinnflutlichen Innungsrechtes. Als Arbeiter kann es uns gleichgültig sein, welche Form der Organisation die Unternehmer wählen, uns muß es aber auch gestattet werden die Form zu wählen, die wir für geeignet halten. Je schärfer die Gehilfenausschüsse das ihnen durch das Innungsstatut gegebene Recht zur Wahrung der Interessen der Berufsarbeiter ausnützen, um so eher kommt das Berufsunternehmertum dazu, auf die Innung zu verzichten.

Dann ist auch der Weg freier für einen Tarifabschluß, der die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Photographen im ganzen Reich regelt und als Kontrahenten von Gehilfenseite den Verband hat. Die bis jetzt gefätigten Ortstarife lassen viel zu wünschen übrig. Den Gehilfenausschüssen wird in ihren Versuchen, zu einem Tarif zu kommen, so viele Schwierigkeiten gemacht, daß das Endergebnis nur jammervoll sein kann. Und trotzdem muß mandmal zu solchem Ergebnis ja gesagt werden, soll eine Verbesserung der Verhältnisse erzielt werden. Wir bessern mit jedem Schritt nach vorwärts nicht nur unsere Lage, sondern festigen damit auch die Organisation und helfen so dazu beitragen, daß jeder Kollege auch für die Organisation seine Existenz aufs Spiel setzt.

Um über all die Fragen Aufklärung zu geben und für zukünftige Arbeit Richtlinien aufzustellen, ist es notwendig, daß eine Reichskonferenz der Photographen berufen wird. Die Leipziger Kollegen haben sich mit dieser Frage in ihrer Versammlung am 1 Juli beschäftigt und an den Verbandsvorstand den Antrag gestellt, eine Reichskonferenz der Photographen abzuhalten. Die Tariffrage muß dort an erster Stelle beraten werden, denn immer mehr zeigt sich, daß Tarifabschlüsse durch die Gehilfenausschüsse ohne Mithilfe der Organisation nicht das gewünschte Ergebnis bringen. Hinzu kommt noch, daß diese Tarife reine Ortstarife sind und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der örtlichen Umgebung ganz unberücksichtigt lassen. Es liegt aber nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch im Interesse der Unternehmer, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen möglichst überall gleich sind.

Alle Verbandskollegen fordere ich auf uns zu helfen und mitzuwirken, unsern Kolleginnen und Kollegen das nötige soziale Verständnis zu vermitteln.

Ihr Starken, helft den Schwachen!

Paul Näther.

Feuilleton.

Dem Andenken Max Klingers †

*Rasch tritt der Tod den Menschen an.
(Schiller Wilhelm Tell.)

An der Saale hellem Strande, in der thüringischen graphischen Metropole Saalfeld (Saale), sollte der größte Graphiker und größte deutsche Künstler, Max Klinger, die letzten drei Wochen seines Lebens verbringen. Oft war der große Künstler in Saalfeld, aber nicht um dort graphische Kunstwerke zu vollbringen, sondern der Griffelkünstler, Maler und Plastiker Klinger modellierte in Saalfeld — Ofenkacheln. Er hatte in Saalfeld den Töpfermeister Matthes, dessen Sohn selbst Künstler war, aber leider, wie so viele tüchtige, hoffnungsvolle Männer, Kriegeropfer wurde, kennen lernen und arbeitete oft bei ihm, für — sich! So die letzten drei Wochen für sein Landhaus in Leipzig Plagwitz wieder Ofenkacheln, wie schon früher für seine Besingung in Großjena bei Naumburg. — Und eigentümlich: das erste, was ich im Leben von Max Klinger kennen

lernte, war in der alten graphischen Kunststadt Nürnberg, allwo im größten deutschen Museum, dem Keramischen Nationalmuseum, wohl die größte Ofensammlung der Welt ist, mit den künstlerischsten Ofenkacheln, da sollte ich auch die ersten graphischen Kunstwerke Klingers kennen lernen. Es waren Radierungen zu Goethes Faust II. Teil. Nun konstruierte ich mir den ganzen vielseitigen, Künstler Max Klinger und was mich »arm« Teufel so frühzeitig zu diesem, reich geborenen Künstler, der das Glück hatte, seine Kunst nie nach dem Broterwerb zu richten brauchte, so mächtig hinzo und festhielt, es war das Urdeutsch, was in Max Klinger war, wie in Albrecht Dürer, in Goethe und in Bee-hoven. Und deshalb sollte gerade Klinger seinen »Beethoven« schaffen, wie ihn kein anderer deutscher Künstler hätte schaffen können, seinen Beethoven, den Julius Vogel, Leipzig »eine Offenbarung des Genius, wie sie die moderne Kunst nicht zum zweiten Male kennt« beurteilt, und jeder Deutsche, der vor diesem Beethoven andächtig im Leipziger Museum stand, wird dieses Vogelsche Kunsturteil unterstreichen. Fast als eine Ironie des Schicksals möchte man es bezeichnen, daß der Meister dieses unsterblichen Meisterwerkes im 150. Geburtsjahre Beethovens sterben mußte und den 150. Geburtstag des größten Tonkünstlers Beethoven, im Dezember 1920, nicht mehr selbst erleben sollte. Dann hätte er erst sehen können, wie sein Meisterwerk Beethoven, wohl sein bestes plastisches Kunstwerk, graphisch vervielfältigt wird und in die breitesten Schichten des Volkes dringt. Max Klinger ist auf dem Gebiet der graphischen Künste der Nachfolger Albrecht Dürers. Hatte Ludwig Richter die eine Seite Dürers geerbt, so Goethe und Klinger die andere: den deutschen, urdeutschen grüblerischen Geist, man kann ihn »faustischen« Geist am besten und kürzesten bezeichnen. Klingers beste graphische Werke haben alle etwas von den drei berühmtesten Meisterwerken Dürers und den gedankentiefsten zugleich: Ritter, Tod und Teufel, Melancholie und Hyronimus. Alle seine graphischen Werke hier aufzuzählen würde an dieser Stelle zu weit führen, aber es sei nur an den gewaltigen Doppelzyklus »Vom Tode« erinnert. Klinger wollte auch noch graphische Kunstblätter über die »Revolution«, die er nun selbst hat kennen lernen, schaffen, aber dem 63jährigen Künstler versagte zu seinem größten Leidwesen, die Künstlerhand für seine so vielgeliebte und so herrliche Meisterwerke geschaffene Griffelkunst, wie er seine graphische Kunst benannte. Und so konnte der große, geniale, vielseitige Künstler die letzten drei Wochen seines Lebens nur noch Ofenkacheln für seinen Hausgebrauch modellieren und der Herstellung dieser Kacheln in Saalfeld noch bewohnen. Da ihm in der »steinernen Chronik Thüringens«, wo er auch Thüringens größte Sehenswürdigkeit, die weltbekanntest »Feengrotten« bei Saalfeld öfters besuchte, ein Unwohlsein befiehl, reiste er nach seinem Landhaus in Großjena (in einem Seitental der Saale), der Unstrut und — starb. In dem lieblichen Tale, wo der »Turnvater Jahn« starb, ist auch Max Klinger gestorben und auf der Spitze des Berges begraben und nach seiner eigenen Bestimmung, soll ein »Athlet« auf seinem Grabe aufgestellt werden. Auch das ist urdeutsch! Wie ein Saalfelder Max Klinger-Verehrer, der es sich nicht nehmen ließ, dem großen Künstler die letzte Ehre zu erweisen, mittelt, haben an Max Klingers Grab unter anderen Käthe Kollwitz, »Julius Vogel und Graf Kalkreuth gesprochen.

J. Meier-Durst.

Einige gewandte, durchaus perfekte, ältere

Kupferdrucker

Farb- und Schwarzdruck

zum baldigen Eintritt gesucht.

D. & R. Bischoff,

Verlagsanstalt,

München, Hessestraße 7.

Gebrauchte, gut erhaltene

Tonschneidemaschine

für Holz zu kaufen gesucht.

Adolf Müller jr., Chemigraph.
Kunstanst., Göppingen (Wrtbg.)

Achtung! Köln a. Rh.!

Vorsitzender und Auskunftsleiter ist jetzt
August Dietrich, Köln a. Rh.-Ehrenfeld,
Venloerstr. 448.

Kassierer und Unterstützungsausgeber:
Heinrich Rudes, Köln a. Rh., Dreikönigen-
straße 1a.

Auskunftsleiter der Photographen:

Karl Hennig, Herzogstr. 34.

Auskunftsleiter der Fernstecher:

Johs. Rodenkirchen, Köln a. Rh., Roden-
kirchen, Mittelstr. 11

Allgem. Zuschuß-, Kranken- u. Begräbniskasse der Xylographen Deutschlands (Sitz Stuttgart)

Zu der am 25. Juli 1920 in Stuttgart tags, den zweiten ordentlichen Delegiertenversammlung, wurden folgende Delegierte gewählt:

1. u. 2. Wahlkreis Berlin Braunschweig: **M. Quellmalz,** Berlin W. 30, Barbarossastr. 10; **Fr. Bischoff,** Braunschweig, Marienstr. 32.
 3. u. 4. Wahlkreis Leipzig, Dresden: **O. Streller,** Leipzig, Hohestr. 52; **M. Naumann,** Leipzig, Bayrische Straße 95.
 5. Wahlkreis Stuttgart, München: **Fr. Meeh,** Stuttgart, Blumenstr. 21.
- Stuttgart, der 12. Juli 1920. Der Hauptvorstand.

ZINKDRUCKPLATTEN

1a. Zinkätzte. Auswaschtinktur. Neuschleifen gebrauchter Platten.

KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN SO. 36, Wiener Straße 53
Fernruf: Moritzplatz 12289.

Der praktische Umdrucker.

Von Bernhard Enders. Preis inkl. Porto 1,40 Mk.

Verlag von **Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.**



Wolff's preisgekrönte Bronzetinktur Kosmos

dürrt für das Halten auf gestrichenen und ungestrichenen Papieren und einen bisher unerreichten Hochglanz des Bronzedruckes. Auch bei Buntdruck hervorragende Wirkung erzielt. Eine Probe überzeugt!

J. H. Wolff, G. m. b. H.
Detmold.

Fachkundige Vertreter, auch ehem. Obermaschinenmeister überall gesucht!

Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstattausbildung.
Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule **Barmen**